Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 51 (1978)

Heft: 7

Artikel: Zwei Meinungsumfragen unter die Lupe genommen

Autor: Raeber, Martin

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-518659

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

könnte dies so ausgelegt werden, als ob er mit den ihm zugeordneten Mitteln zufrieden sei. Da der Zivilschutz keine starken Pressuregroups im Parlament oder in den grossen Wirtschaftsverbänden besitzt, liegt die Aufgabe zur Propagierung der eigenen Ziele und Bedürfnisse bei ihm selbst. Der Zivilschutz muss — viel mehr als andere Bereiche staatlicher Tätigkeit — den Politikern seine Existenznotwendigkeit selbst beweisen. Auch wenn sich heute jedermann aus Verantwortung zum Staat bei den Begehren Zurückhaltung auferlegen muss, so darf nicht der Eindruck erweckt werden, als ob dies aus einer Position der Schwäche oder Gleichgültigkeit heraus geschähe. Unerlässlich ist, dass die Initiative vom Zivilschutz selbst ausgeht — das heisst von den Ämtern und den Zivilschutzbünden — und nicht allein auf Aktionen seitens der Politiker abgestellt wird. Es bieten sich für eine aktive Selbstdarstellung zahlreiche Wege; drei seien hier abschliessend erwähnt:

1. Im Zusammenhang mit der allgemeinen Zukunftssicherung kann sich der Zivilschutz als entscheidendes Mittel zum Katastrophenschutz darstellen.

2. Es sollte inskünftig nicht mehr möglich sein, Debatten um die Landesverteidigung zu führen, ohne den Zivilschutz als wesentliche Säule der Gesamtverteidigung zu anerkennen und auch entsprechend zu fördern.

3. Demokratie ist nicht zuletzt auch eine Schulung des mündigen Menschen zur Solidarität. Dies in der Praxis zu verwirklichen, ist eine der wichtigsten staatsbürgerlichen Funktionen des Zivilschutzes.

Urs Schöttli

Zwei Meinungsumfragen unter die Lupe genommen

von Martin Raeber

Im Zusammenhang mit der Behandlung des Berichtes über die Militärausgaben des Bundesrates, der durch ein sozialdemokratisches Postulat ausgelöst wurde, berief sich Ständerat Morier-Genoud (soz., VD) auf eine Meinungsumfrage, aus der hervorgehe, dass das Schweizervolk weitere Einsparungen beim Militär für wünschenswert halte. Beleuchtet man jedoch diese Untersuchung etwas genauer und zieht man vor allem eine neuere Meinungsumfrage in Betracht, so bietet sich ein anderes Bild.

Fragwürdige Untersuchung

Die Meinungsumfrage, auf die sich der sozialdemokratische Standesherr in der Märzsession berief, wurde im Februar dieses Jahres bekannt. Bei näherer Betrachtung sind zur Stichhaltigkeit dieser Untersuchung aber Fragezeichen zu setzen. So ist etwa angesichts der Verwerfung des IDA-Kredites durch das Schweizervolk kaum anzunehmen, dass — wie dies das vorgelegte Zahlenmaterial ebenfalls glauben machen will — der Volkswille dahingeht, bei der Entwicklungshilfe am wenigsten Einsparungen vorzunehmen. Analysiert man das Resultat der Volksabstimmung über die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes, so kann auch hier festgestellt werden, dass das wuchtige Nein des Souveräns zum zivilen Ersatzdienst gleichzeitig ein beeindruckendes Ja zur bewaffneten Landesverteidigung war. Der gleiche Souverän soll nun aber gerade dort, wozu er sich mit einer nicht wegzuinterpretierenden Deutlichkeit bekannt hat, am meisten Sparanstrengungen vornehmen wollen? !

Eine neue Untersuchung

Wie fragwürdig die erwähnte Untersuchung ist, zeigt eine neue Umfrage. Im Auftrag des *Vereins zur Förderung des Wehrwillens und der Wehrwissenschaft* (Zürich) führte das Institut für Markt- und Meinungsforschung «Isopublic» eine Untersuchung durch, welche die Meinung der Bevölkerung bezüglich des finanziellen Aufwandes für die Armee eruieren sollte. Die Untersuchung befasste sich allein mit dem Finanzrahmen für die Armee. Es wurde folgende Frage gestellt:

«Die Armee will durch ihre Stärke jedem möglichen Gegner zeigen, dass er bei einem Angriff auf die Schweiz mit zu hohem Aufwand an Zeit, Truppen und Material rechnen müsste, dass sich ein Angriff auf die Schweiz also nicht lohnt. Kommt es zu einem Angriff auf die Schweiz, so hat die Armee die Aufgabe, das Land von der Grenze an zu verteidigen. Sind Sie der Ansicht, dass der Armee zur Erfüllung dieser Aufgaben heute mit rund 2 % zum Volkseinkommen zu viel, genügend, zu wenig finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden?»

Das Resultat war eindeutig:

2 % des Volkseinkommens ist

zu viel	15 %
genügend	59 %
zu wenig	18 %
weiss nicht / keine Antwort	8 %

Dieses Zahlenmaterial belegt deutlich die Unhaltbarkeit der ersten Meinungsumfrage. Denn wenn 59 % der Gesamtbevölkerung die Militärausgaben als genügend einstufen und nur 15 % als zu hoch, so lässt sich sagen, dass die Mehrheit der Bevölkerung weitere Einsparungen beim Militär nicht hinzunehmen gewillt ist. Zählt man zudem den Anteil der «Genügend-» und «Zu-wenig-» Antworten zusammen, so ergibt dies 77 %. Wer hier noch behauptet, die Mehrheit der Bevölkerung wünsche bei der Armee vermehrte Einsparungen, der spricht unwahr oder stützt sich auf wackeliges Zahlenmaterial.

Tatsächlich «genügend»?

Es stellt sich jedoch die Frage, ob diejenigen, die die Militärausgaben als «genügend» einstufen, auch recht haben. Denn die tatsächlichen Gegebenheiten sehen nicht derart rosig aus. Dazu einige Tatsachen:

Noch immer bestehen gravierende Lücken in den Rüstungsbedürfnissen, die sicher «einmal» geschlossen werden, doch ob diese Schliessung beim gegenwärtigen Finanzrahmen zeitgerecht erfolgen kann, ist mehr als fragwürdig.

Wir leisten uns die Aufrechterhaltung dieser Lücken in einer Zeit, da die potentielle Bedrohung noch nie so massiv vorhanden war. Doch nicht allein das Vorhandensein einer riesigen Militärmaschinerie im Raume Mitteleuropa sollte uns zu denken geben, sondern vor allem die Tatsache, dass eine Streitmacht — Warschauer Pakt — genau diejenige Struktur aufweist, die für eine schnelle Offensive bestimmt ist (die Masse besteht aus Panzern und motorisierten Infanteriedivisionen mit stärkster Artillerieunterstützung).

Seit 1965 gingen die Rüstungsausgaben gemessen mit konstanten Preisen um ein Drittel zurück.

1960 betrug der Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt 3 %, 1977 noch 1,9 %.

1960 betrug der Anteil der Militärausgaben am Gesamtbudget des Bundes 38 %, 1977 noch 18,7 %.

Mit anderen Worten: Die Ausgaben für die militärische Sicherheit gingen genau in jener Periode zurück, da man wohl weltweit von Entspannung sprach, in Tat und Wahrheit jedoch hüben und drüben massiv aufrüstete.

Angesichts der Lücken in der materiellen Verteidigungsbereitschaft und der potentiellen Bedrohung kann das Urteil «genügend» wohl nur aus Zweckoptimismus heraus oder aber in Unkenntnis der Sachlage entstanden sein.

Was ist zu tun?

Es gilt somit für diejenigen, die dazu berufen sind, intensivere Aufklärung zu betreiben, denn vermehrte Rüstungskredite haben nur dann eine Chance, wenn das Volk deren Notwendigkeit begreift. Dazu ist aber mehr Information notwendig. Doch, wer ist eigentlich zur Informaitonsvermittlung berufen? Es sind dies einmal all diejenigen, die von ihrer Tätigkeit und von ihrem Wissensstand her dazu in der Lage sind, also beispielsweise Journalisten, Exponenten militärischer Verbände, Offiziere und namentlich hohe Offiziere. Letzteren erwächst dann allerdings von sozialdemokratischer Seite regelmässig Kritik. Nun, bis anhin liessen sie sich dadurch nicht beirren, und es ist zu hoffen, dass sie auch weiterhin ihre diesbezügliche Verantwortung wahrnehmen werden. Aufklärung oder eben Nicht-Aufklärung erfolgt aber auch durch Verhaltensweisen der sogenannten opinion-leaders. Wenn Politiker jahrelang bereit sind, auf Kosten der Rüstung Sparanstrengungen hinzunehmen, so muss man nicht erstaunt sein, wenn dann die Bevölkerung, die über weniger Information verfügt, dies als «normal» betrachtet. Denn wenn man es sich scheinbar erlauben kann, während einem Jahrzehnt Jahr für Jahr weniger für die Rüstung auszugeben, so liegt der Trugschluss nahe, dass die Rüstungsausgaben eben zu hoch waren. Es sei zugegeben, dass die Rüstungskredite in der Regel nun anstandslos die Räte passieren, doch, ist dies ein Beweis dafür, dass diese Kredite «genügend» sind?

Man hat den Eindruck, dass Kreditbegehren nicht nach dem Grundsatz «was brauchen wir tatsächlich?» gestellt werden, sondern nach dem Motto «was schluckt das Parlament?», auch dies eine Verhaltensweise, die nicht dazu angetan ist, die breite Bevölkerung auf die tatsächlichen Bedürfnisse aufmerksam zu machen, was dann eben dazu führt, dass die Militärausgaben mangels Information als «genügend» hingenommen werden.

Schlussfolgerungen

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Ausgaben für die Armee wohl als genügend einstuft und nur eine kleine Minderheit als «zu viel». Dies bedeutet wiederum, dass weitere Einsparungen nicht dem Willen der Mehrheit entsprechen würden. Das Urteil «genügend» dürfte jedoch kaum aus einer umfassenden Kenntnis der tatsächlichen Gegebenheiten entstanden sein, da angesichts der militärpolitischen Lage in Europa und des Standes unserer Rüstung diese Wertung doch recht optimistisch ist. Es gilt somit für alle dazu Berufenen, vermehrte Aufklärungsanstrengungen zu betreiben. Die entscheidungsbefugten Kreise sind zudem aufgerufen, die Bedürfnisse der Armee am Stand der Rüstung und an der potentiellen Bedrohung zu messen und nicht an vermeintlich politischer Opportunität.